



WEIT AUSEINANDER

BUNDESREGIERUNG STELLT SELBST GRUND- SÄTZLICHES IN FRAGE!

Bereits die 1. Gehaltsrunde zwischen der Bundesregierung, vertreten durch Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Staatssekretär Dr. Reinhold Lopatka, und der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst – GÖD und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – GdG-KMSfB brachte nach der Präsentation der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch das Wirtschaftsforschungsinstitut – WIFO erhebliche Auffassungsunterschiede.

So stellte die Bundesregierung die zwischen den Sozialpartnern vereinbarten volkswirtschaftlichen Grunddaten als Ausgangslage für die Gehaltsverhandlung in Frage. Lediglich die Inflationsrate konnte außer Streit gestellt werden. Weiters ließ die Bundesregierung offen, ob das Gehaltsabkommen ab 1. Jänner 2010 gelten soll.

Nachdem die Dienstgebervertreter eine weitere Verhandlungsrunde erst für die 2. Novemberhälfte 2009 ansetzen wollten, verlangte der Vorsitzende der GÖD, Fritz Neugebauer, auch im Hinblick auf die gravierenden unterschiedlichen inhaltlichen Positionen einen raschen Folgetermin.

Daher findet die 2. Gehaltsrunde am 11. November 2009, um 18.00 Uhr statt.



IHRE SICHERHEIT. IHRE GÖD.

Eine Information der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst über die 1. Verhandlungsrunde zur Erhöhung der Bezüge für 2010.

GÖD-Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Teinfaltstrasse 7,
1010 Wien, Tel. 01/534 54-0, www.goed.at